



+++ Volksbegehren Mieten, S.3 +++ Dresdner Bahn, S. 5 +++ Hans Wurst bleibt, S. 6 +++ Flüchtlinge, S. 5 und S. 8 +++

## Irland vorn - CDU hinterhältig Union blockiert neues Eherecht



Am 23. Mai dieses Jahres habe ich spontan in einem Berliner Irish Pub ein schönes, kaltes Bier getrunken. Das war mein kleines, symbolisches Dankeschön an die irische Bevölkerung, die am Tag zuvor mit fast annähernder 2/3 Mehrheit das Eheverbot für Lesben und Schwule abgeschafft hat. Es war ein Sieg für die Menschenrechte, mit dem die Iren zeigten, dass Diskriminierung und Ausgrenzung keine christlichen Werte sind. Freiheit, Gleichheit und Solidarität haben über Vorurteile und Ressentiments obsiegt. Allerdings stand ich am nächsten Tag mit kleinen Kopfschmerzen auf, wie es so manchmal nach zu viel Gutem passiert. Und dann erinnerte ich mich auch an ein Video der Befürworter/innen der Marriage Equality, das einen schüchternen Mann zeigte, der quer durch Irland hausiert und diverse Menschen um die Hand seiner Freundin Sinead bittet. Das Video endet mit dem Hinweis: Stell dir vor, du müsstest vier Millionen Menschen fragen, ob du heiraten darfst.

Nun höre ich, dass ausgerechnet die Berliner CDU darüber abstimmen soll, ob ich heiraten darf oder nicht. Das reicht mir! Es ist schon schwer an Selbstgerechtigkeit zu überbieten, wenn sich die Christdemokraten anmaßen, mit Grundrechten ihrer Mitmenschen disponieren zu dürfen, und dies noch als lebendige Demokratie verkaufen. Sollten sich vielleicht jetzt Lesben und

Schwule bei der Partei anbiedern, die bis zum Schluss gegen Abschaffung des beschämenden § 175 war und heute noch im Bundestag die Rehabilitierung und Entschädigung der wegen diesen Paragraphen Verurteilten blockiert? Sollte im Ernst diese Partei meinem Freund und mir sagen, ob wir als Paar gleichwertig sind? Die Partei, die bis zum Bundesverfassungsgericht ging, um das Lebenspartnerschaftsgesetz zu stoppen und bis heute jeden Gleichstellungsschritt mit allen politischen Mitteln ausbremst? Sollte wirklich die Partei über mein Familienleben entscheiden, deren Vorsitzende Bauchschmerzen hat, wenn sie sich mich als Vater vorstellt? Liebe CDU, verarschen kann ich mich selbst.

Eins aber möchte ich euch sagen: Ich urteile nicht über gescheiterte Ehen, heimliche Affären und außereheliche Kinder. Und ich verbitte mir zugleich, dass andere über mein Leben urteilen. Ich verlange nur gleichen Respekt und gleiche Rechte, statt euer politisch motiviertes Votum über meine Liebesbeziehung. Ich brauche eure 12.500 „Ja“ nicht. Denn es ist mir allein wichtig, von einer Person ein „Ja“ geschenkt zu bekommen...

Einige könnten erwidern, dass die Berliner CDU nicht mehr so homophob ist, wie sie mal war. Das stimmt. Aber dazu kann ich nur sagen: Homophobie ist heilbar...und das CDU-Wählen auch. Daher gehen Sie, geehrte CDU-Mitglieder lieber in ein Irish Pub und



Grüne demonstrieren vor dem Bundesrat (Foto: privat / B'90/Grüne)

trinken ein kaltes Bier, statt über mich abzustimmen. In diesem Sinne, liebe Berliner/innen, happy Pride!



**Jerzy M. Szczesny** —  
Vorstand Schwulenberatung, Referent für Antidiskriminierungs- und Gesellschaftspolitik der Bundestagsfraktion B'90/Grüne

### Senat ohne Haltung

Mit der Mehrheit der Rot und Grün regierten Länder hat der Bundesrat den Bundestag aufgefordert, die Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare zu öffnen und somit eine volle Gleichstellung zu erreichen. Obwohl der Regierende Bürgermeister Müller für Berlin seine Zustimmung signalisiert hatte, siegte letztendlich die Koalitionsräson über die Vernunft und Berlin enthielt sich bei der Abstimmung. Ein Verhalten, welches man gerade für die Repräsentanten einer weltoffenen und bunten Metropole nur als peinlich bezeichnen kann. Um Großstadtpartei zu werden, hat die CDU mit einem solchen Verhalten noch einen weiten Weg vor sich.

## Das Volk: ausgespäht und überwacht



(Foto: Laurence Chaperon)

Alles schon mal da gewesen. Das Bundesverfassungsgericht hat die Vorratsdatenspeicherung 2010 für verfassungswidrig erklärt. Der Europäische Gerichtshof erklärte 2014 die europäische Regelung für ungültig. Trotz vieler anderer Aussagen hat Minister Maas ein Gesetz vorgelegt, das wieder die anlasslose Speicherung unserer Kommunikationskontakte vorsieht. Fünf Jahre nach Karlsruhe wachsen die Datenmengen explosionsartig. Die vom Gericht geforderte „Überwachungsgesamt-

rechnung“, - wer sich stets überwacht sieht, ist nicht mehr frei- versucht Maas gar nicht erst. Zwar ist die Speicherfrist kürzer, aber es soll eine allgemeine Speicherpflicht aller TK-Teilnehmer geben. Alle sind verdächtig. Der Email-Verkehr ist ausgenommen, heißt es; was macht das schon angesichts steigender Chats, Blogs und Messenger-Systeme? Die Datensicherheit wird sträflich vernachlässigt. Trotz der Regel, alle Daten erst mal vom Netz entkoppelt zu speichern, sind der Zu- und Abfluss großer Datenmen-

gen auf den Übertragungswegen das Paradies aller Geheimdienste und Hacker! Wo nicht mal der Bundestag mit seinen Daten sicher ist! Technik dazu sollen die Anbieter entwickeln. Für Berufsgeheimnisträger wie Journalisten, Anwälte und Abgeordnete soll gelten, dass auch erst mal alle Daten gespeichert werden. Dieses Gesetz ist mit heißester Nadel gestrickt. Zu alledem hat Maas bisher nicht mal Verbände und Unternehmen angehört. Der NSA-Skandal, der längst auch ein Skandal des BND ist, lehrt uns zudem das Fürchten. Ein deutscher Dienst leitet Suchbegriffe der NSA einfach weiter und spioniert sich und die EU quasi selbst aus? Unglaubliches Behördenversagen. Ich meine: Wir wollen nicht alle zu Verdächtigen werden. Einen BND, der nur Vollstrecker der Interessen anderer Staaten ist, entspricht auch nicht unserer Verfassung.

**Renate Künast, MdB** —  
B'90/Grüne

## Milieuschutz gut & wirksam

Als viertes Gebiet in Schöneberg erhält die „Rote Insel“, also das Gebiet zwischen der Ringbahn, der Wannseebahn und der Dresdner und Anhalter Bahn, Milieuschutz. Eine entsprechende Erhaltungsverordnung wird voraussichtlich im Juni von der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen. Damit liegen im Bezirk über 26.100 Wohnungen im Geltungsbereich einer Erhaltungsverordnung. Ziel der Erhaltungsverordnung ist es, den Aufwertungsdruck auf das Gebiet zu mindern, der u.a. durch unnötige Luxusmodernisierungen entsteht. Diese führen zu höheren Mieten im Kiez, die sich viele der bisherigen Mieter nicht mehr leisten können. Die Folge sind eine Verdrängung der angestammten Bevölkerung und das Nachdrängen zahlungskräftiger Familien. Damit setzen die Grünen zusammen mit ihrem Zählgemeinschaftspartner SPD ihre Politik fort, alle dem Bezirk offen stehenden Instrumente einer aktiven Wohnungspolitik auch zu nutzen. Allerdings sind Erhaltungsverordnun-

gen kein Instrument des individuellen Mieterschutzes. Die Verordnung ermöglicht dem Bezirksamt, einzuschreiten, wenn durch bauliche Maßnahmen die Zusammensetzung der Bevölkerung verändert und negative soziale Entwicklungen dadurch ausgelöst werden. Neben dem Verbot von Umwandlung in Eigentumswohnungen und der Zweckentfremdung von Wohnraum bedeutet dies bei Modernisierungsmaßnahmen oft, dass das Bezirksamt in Verhandlungen mit dem Eigentümer den Umfang der Modernisierung so weit reduzieren kann, dass die Mieterhöhung in Grenzen bleibt. Dass sich Mieter die neue Miete trotzdem nicht leisten können, kann die Erhaltungsverordnung nicht verhindern. Dennoch sind Erhaltungsverordnungen für uns ein unverzichtbares Instrument grüner Wohnungspolitik.

**Ralf Kühne, BVV** —  
stadtentwicklungspolitischer Sprecher B'90/Grüne



## Grüne im Rathaus

## Bezirk verlangt Verkaufrecht

Der Höchstbieter sollte sie bekommen, die drei Häuser in Schöneberg in der Großgörschen- Ecke Katzlerstraße. Jedenfalls wenn es nach der BlmA, der Bundesimmobilienanstalt, gegangen wäre. 9,325 Millionen waren in der ersten Runde dafür geboten worden, ein Gebot, das wieder zurückgezogen wurde, weil die Häuser mit ihren 48 Mietwohnungen und zehn Gewerbeeinheiten seit vergangenem Jahr in einem Gebiet mit einer sozialen Erhaltungsverordnung liegen. In der Folge läutete die BlmA die zweite Bieterrunde ein. Dieses Mal lag das höchste Gebot bei 7,8 Millionen Euro, wieder vom schon bekannten Höchstbieter. Ein Preis, der zwar für den derzeit heiß

gelaufenen Immobilienmarkt vor dem Hintergrund fehlender Alternativen für lukrative Geldanlagen durchaus nicht unüblich ist, aber deutlich über dem vom Bezirksamt ermittelten Verkehrswert liegt. Dieses hatte sich nämlich mittlerweile mit der Möglichkeit eines „preislimitierten Vorkaufsrechts“ zu Gunsten eines Dritten beschäftigt. Der Dritte ist in unserem Fall die städtische Wohnungsbaugesellschaft GEWO-BAG, die mit dem Senat einen Vertrag abgeschlossen hat, das Berliner Mietbündnis.

Das Vorkaufrecht hätte vom neuen Eigentümer allerdings auch abgewendet werden können, wenn er sich auf einen Vertrag eingelassen hätte, in dem Maßnahmen festgeschrieben werden, die eine „soziale Entmischung“ der Bevölkerung verhindern sollen. In München lassen sich darauf 80 % der Käufer ein. Nicht so der Höchstbieter in Schöneberg, der daran nicht interes-



Streitobjekt Großgörschen- Ecke Katzlerstraße (Foto: Christian Sandau)

siert war. Die BlmA hat jetzt den Bezirk verklagt, ein Gerichtsmarathon durch viele Instanzen liegt vor dem Bezirksamt. Wie es ausgeht, können wir letztlich nicht sagen, aber wir halten unsere Chancen für gut - sonst wären wir diesen Weg nicht gegangen.

Damit hat das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg als erster Berliner Bezirk das Vorkaufrecht in einem sozialen

Erhaltungsgebiet ausgeübt und ist damit einen neuen Weg gegangen, damit Mieterinnen und Mieter in ihrem angestammten Kiez bleiben können.

## Sibyll Klotz

Stadträtin für Gesundheit, Soziales, Stadtentwicklung B'90/Grüne



## Vergangenheit holt den Bezirk ein

## Rekordminus von 9 Mio. Euro ruft nach strukturellen Veränderungen

Mit einem Rekordminus von neun Mio. Euro hat Tempelhof-Schöneberg das schlechteste Jahresergebnis 2014 von allen Bezirken erwirtschaftet. Die Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (SPD) hatte dies Anfang April zum Anlass genommen, eine Haushaltssperre zu erlassen und die Annahme vertreten, dass sich die Lage im Jahr 2015 nicht bessern wird. Doch die Wirksamkeit der Haushaltssperre ist mehr als umstritten, weil nur wenige Mittel wirklich frei verfügbar sind. Dabei hatte Rot-Grün die großen und wichtigen Weichen schon bei der Haushaltsplanaufstellung 2014/15 richtig gestellt und Auflagenbeschlüsse gefasst, die das Bezirksamt aufgefordert hatten, strukturelle Potenziale zur Entlastung des Bezirkshaushaltes zu ermitteln. Die daraus folgenden Strukturgespräche wurden aber zu spät begonnen und nur mit einzelnen Abteilungen des Bezirksamtes geführt. So haben sich die Problemlagen weiter

aufgestaut und die vereinbarten Maßnahmen wirken viel zu spät. Strukturelle Defizite treten offen zu Tage. Zum wiederholten Mal hat der Bezirk seine Investitionsmittel nicht ausgeschöpft (3,8 Mio. Euro). Die zu wenigen Mitarbeiter/innen im Hochbaubereich schaffen es nicht, die jährlich zunehmenden Bauvolumina vollständig umzusetzen. Das hat nicht nur haushälterische Folgen. Die Unzufriedenheit über den baulichen Zustand in den Schulen, Bibliotheken oder Sportstätten wächst. Seit Jahren gibt der Bezirk Millionen seiner Personalmittel nicht aus. Diese haben u.a. dazu beigetragen, dass Haushaltsüberschüsse erwirtschaftet wurden. Doch diese Überschüsse der Vergangenheit erweisen sich heute als Pyrrhussiege. Es fehlt mittlerweile so viel an Personal, dass es zu Leistungsausfall und damit zu erheblich weniger Budget im nächsten Haushalt kommt. Das weniger werdende Budget für den anstehenden

Doppelhaushalt 2016/17 erhöht den Druck, weiter einzusparen oder über Schließungen von Einrichtungen nachzudenken. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden. Eine Mindestausstattung in den Ämtern, ein gezielter Personalaufbau, eine schnellere Stellenbesetzung, eine kritische Überprüfung der Overhead- und Infrastrukturkosten müssen jetzt oberste Priorität genießen. Dies ist nicht nur die Aufgabe der Bezirksbürgermeisterin allein, sondern des gesamten Bezirksamtes. Die Grüne Fraktion wird diesen Prozess kritisch und konstruktiv begleiten. Dazu gehört auch die Überprüfung, wann die Haushaltssperre wieder aufgehoben werden kann. Pyrrhussiege kann der Bezirk nicht mehr gebrauchen.

## Jörn Oltmann, BVV

Fraktionsvorsitzender und haushaltspolitischer Sprecher B'90/Grüne

## Aktionen für Fairen Handel



Michael Delor (Bezirksgruppe des BUND Tempelhof-Schöneberg, Berlin 21) beim Rundgang des Festes „Kunst trifft Wein“ mit Antje Kapek. (Foto: Wolfgang Höckh)

Nachdem im März im Bezirk Tempelhof-Schöneberg mit Gründung der lokalen Steuerungsgruppe der Startschuss zu nachhaltigem und fairem Handel gefallen ist, haben Michael Delor und Doris Deom, Bezirksgruppe des BUND Tempelhof-Schöneberg, mit einem Informations- und Verkaufsstand beim Fest „Kunst trifft Wein“ vom 1. bis 3. Mai am Lichtenrader Dorfteich den Auftakt zu einer Reihe von geplanten Aktivitäten für die Kampagne FairtradeTowns gestartet. Unterstützt wurden sie durch Volkmar Lübke, Verein TransFair e. V., Rainer Penk, wirtschafts-

politischer Sprecher B'90/Grüne sowie Patrick Liesener und Christian Zander, BVV-Mitglieder der CDU. Besucher nahmen die Gelegenheit wahr, sich über Produkte aus fairem Handel zu informieren. Es wurden auch Akteure aus Einzelhandel, Gastronomie und Vereinen erfolgreich zum Mitmachen eingeladen. Die Nachfrage nach nachhaltig produzierten Lebensmitteln steigt und der faire Handel leistet bedeutende Beiträge für die Entwicklung des Handels in den Herkunftsländern. Den Erzeugern sichert Fairtrade ein zuverlässiges Einkommen unter Einhaltung vorgeschriebener Umwelt- und Sozialstandards. Gerne übernahm Antje Kapek, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Sprecherin für Stadtentwicklung, die Schirmherrschaft für das Fest, denn die Veranstalter AG Bahnhofstraße und Family & Friends boten am idyllisch gelegenen Dorfteich eine gelungene Mischung aus abwechslungsreichem Kulinarischen, Kunst und Kunsthandwerk.

## Doris Deom

Fairtrade Tempelhof-Schöneberg

## Von Buddys &amp; BERen

Kommunalpolitik sieht besonders dem Verdacht großer Nähe zwischen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern ausgesetzt. Diese Nähe ist nicht mit Korruption zu verwechseln, aber zu viel Nähe tut ausgewogenen Entscheidungen schlicht nicht gut. Das gilt auch für „Grüne“ Politik. Nicht alles, was sich umweltfreundlich gibt, ist über Zweifel erhaben. Nun lobt der Bezirk seit 2011 einen Umweltpreis aus. Als Jurymitglied und Preisgeldstifter tritt dabei in schöner Regelmäßigkeit Reinhard Müller auf, Chef der EUREF AG. Das Unternehmen am Gasometer Schöneberg wird trotz seiner hehren umweltpolitischen Agenda kritisch begleitet und wie zu erwarten, klaffen PR und Wirklichkeit auseinander. Müller wird dennoch von SPD und CDU in den höchsten Tönen gelobt, er gilt als Meister der kumpelhaften Nähe. Die Parteien beschlossen kürzlich in der BVV: „Das Projekt hat Leuchtturmcharakter für Tempelhof-Schöneberg [...] EUREF ist nach dem Flughafen BER eines der größten Investitionsprojekte in der Region.“ Folgerichtig engagiert sich Müller für den Umweltpreis „Green Buddy Award“. Es gibt übrigens in der angelsächsischen Politik den Begriff „buddy system“.

## Marius Feldkamp, BVV

B'90/Grüne

## Glückwunsch!



Aferdita Suka (Foto: bufza.bund.de)

## Verdiente Gewinnerin

Der Kreisverband Tempelhof-Schöneberg und der Stichel gratulieren unserer Bezirksverordneten Aferdita Suka zur Auszeichnung mit dem Helene-Weber-Preis 2015. Der Preis ist benannt nach Helene Weber, einer der vier Mütter des Grundgesetzes, die sich maßgeblich für die Verankerung des Artikels 3 „Frauen und Männer sind gleichberechtigt“ im Grundgesetz eingesetzt haben. Der bundesweit ausgelobte Preis wird dieses Jahr an insgesamt 20 Kommunalpolitikerinnen vergeben, die sich durch besonderes zivilgesellschaftliches und politisches Engagement für die Politik vor Ort ausgezeichnet haben. Das Vorschlagsrecht für den Preis liegt bei den Bundestagsabgeordneten. Die von unserer Bundestagsabgeordneten Renate Künast vorgeschlagene Preisträgerin, Aferdita Suka, die auch Vorsitzende des Integrationsausschusses der BVV Tempelhof-Schönebergs ist, engagiert sich besonders in den Bereichen Sozialpolitik und Integration. Ein besonderes Herzensanliegen ist ihr dabei der Aufbau einer Willkommenskultur für Flüchtlinge in unserem Bezirk und der Einsatz für faire und gute Arbeitsbedingungen nicht nur vor Ort, sondern auch weltweit. Alle Preisträgerinnen erhalten ein Budget von 500 Euro für Aktionen vor Ort sowie ein Einzelcoaching und sie werden Teil des Netzwerkes des Helene Weber-Kollegs. Aferdita Suka ist zudem eine von zwei Sonder-Preisträgerinnen, die zusätzlich einen hohen Sonderpreis für weiteres Engagement im Bereich Migrations- und Flüchtlingspolitik erhalten. Der Preis wurde am 11.6. von der Bundesfamilienministerin verliehen.

## Die Redaktion

224  
Sommer 2015  
seit 1984  
www.derstichel.de

## Editorial



## Liebe Leserinnen und Leser!

Pünktlich zum bunten schwulesbischen Stadtfest, dem wir die Titelgeschichte gewidmet haben, erscheint auch dieses Jahr wieder die Sommerausgabe des Stichels. Hierbei können wir den Ausgang des irischen Referendums zur Home-Ehe feiern. Weitere positive Nachrichten gibt es zum Theater Hans Wurst Nachfahren und den BIMA-Häusern in Schöneberg. In Sachen Mietenvolksentscheid möchten wir es Ihnen ermöglichen, sich selbst ein Urteil zu bilden und stellen Ihnen eine Pro- und eine Contra-Position vor. Das Thema Flüchtlinge beschäftigt uns auf europäischer und auch bezirklicher Ebene, denn seit kurzem gibt es in der Tempelhofer Colditzstraße eine Notunterkunft. Dabei ist auch von bürgerschaftlichem Engagement zu berichten. Auf bundespolitischer Ebene drohen unseren Freiheitsrechten und dem Datenschutz Gefahren, darüber schreiben zwei Autor\*innen. Wir hoffen, dass es uns gelungen ist, wieder eine bunte Mischung an Themen für Sie zusammenzustellen und wünschen Ihnen eine angenehme Lektüre.

Rainer Jehle

Rainer Jehle,  
Kreisvorsitzender  
Tempelhof-Schöneberg, B'90/Grüne

www.derstichel.de



## Hintergrund

# Berlin diskutiert Mietenvolksbegehren

Die Initiative „Berliner Mietenvolksentscheid“ sammelte mehr als die nötigen 20 000 Unterschriften, um einen Antrag auf ein Volksbegehren stellen zu können. Das Abgeordnetenhaus hat jetzt vier Monate Zeit, um ein Volksbegehren zuzulassen oder abzulehnen. Bei positivem Bescheid könnten die Initiatoren die nötigen 173 000 gültigen Unterschriften sammeln. Diese sind nötig, um einen Volksentscheid herbeizuführen. Für einen Erfolg müsste er eine Mehrheit und zweitens mindestens 25 % der Stimmen aller Wahlberechtigten bekommen. Mit Ausnahme der CDU begrüßen die Berliner Parteien, z.B. wir Grünen, die grundsätzlichen Ziele der Initiative. Dazu zählen der Kampf gegen hohe Sozialmieten und der Neubau und Ankauf von bezahlbaren Wohnungen. Allerdings weisen kritische Stimmen auf die hohen Kosten und kontraproduktive Einzelforderungen hin. Sie warnen, einige Ansinnen der Initiative würden eher den Hauseigentümern als vielen Mietern finanzielle Vorteile bringen. Bei Redaktionsschluss zeichnete sich ab, dass die Initiatoren auf einige Vorbehalte eingehen und Änderungen vornehmen möchten. Dies betrifft die geplante Ankaufspflicht für private Sozialwohnungsbauten und den angestrebten Wohnraumförderfonds. Unsere Fachpolitiker/innen haben jeweils eine Pro- und eine Contra-Stimme zum Volksentscheid verfasst und gehen dabei auf mehr Details ein.

Rainer Jehle, Kreisvorsitzender



(Fotos: Christian Sandau)

### PRO

#### Mietenvolksentscheid als Chance für einen Paradigmenwechsel in der Wohnungspolitik nutzen!

Ein breites Bündnis aus Mieter-Initiativen und den Mieterverbänden will durch ein „Gesetz über die Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin“ den Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen gesetzlich verankern. Als Brückenlösung sollen durch einkommensabhängige Mietzuschüsse Sozialmieter/innen – ca. 80.000 in privaten und ca. 40.000 in kommunalen Sozialwohnungen – vor Verdrängung geschützt werden. Denn 60 % der Sozialwohnungen sind teurer als Wohnungen auf dem freien Markt. Aber auch Mieter/innen in privaten Beständen werden unterstützt: ein Wohnraumförderfonds soll Neubau und energetische Modernisierungen vorantreiben. Die Wohnungsbau-gesellschaften sollen in Anstalten öffentlichen Rechts umgewandelt werden. So werden keine Gewinne an das Land zur Haushaltskonsolidierung abgeführt. Und so ermöglicht das Gesetz eine Mietermitbestimmung von der Siedlungsebene bis in die Aufsichtsgremien – das Land Berlin hat aber immer eine Stimme mehr. Mit den bestehenden Mieterbeiräten haben wir gute Erfahrungen gemacht: Die Betriebskosten wurden gesenkt und das soziale Wohnumfeld verbessert.

15 Jahre wurde nichts in die Wohnungspolitik investiert. Und bei der Subventionierung der Miethöhen geht es auch um Einnahmeverzichte des Landes Berlin. Die Initiative hat schon auf unsere Kritik reagiert: Sozialwohnungen sollen nicht mehr zwangsweise teuer angekauft werden, sondern zum Verkehrswert. Die Subjektförderung „Kosten der Unterkunft“ subventioniert ebenso Vermieter. Deshalb braucht es mehr landeseigene Wohnungen durch Ankauf. Und keine soziale Wohnraumversorgung zu betreiben, wird die Stadt weit mehr kosten. Seit Jahren ignoriert der Senat das Problem. Deshalb ist das Volksbegehren hausgemacht. Die Koalition muss jetzt liefern und darf nicht tricksen. Viele der bisherigen „Zugeständnisse“ der SPD waren sowieso schon geplant. Es kommt auf eine den Landeshaushalt entlastende Lösung des Mietensystems im sozialen Wohnungsbau an. Denn auch der Vorschlag des Senats wird zu Mitnahmeeffekten bei den Vermietern führen. Es braucht eine Korrektur des sozialen Wohnungsbaus, indem wir die Berechnungsgrundlage des Kostenmietensystems neu ausrichten, so senken wir auch die Kosten. Das Volksbegehren ist eine Chance, um unsere wohnungspolitischen Forderungen in die Stadtgesellschaft zu tragen. Denn wir wollen noch viele weitere wohnungspolitische Instrumente wie z.B. das Vorkaufsrecht für die Bezirke. Diese Chance sollten wir nutzen!

**Katrin Schmidberger, MdA**  
Sprecherin für Mieten und Soziale Stadt  
B'90/Grüne



### CONTRA

#### Mietenvolksbegehren verspricht mehr, als es halten kann

Positiv am Volksbegehren ist, dass es die teils stark ansteigenden Mieten und Versäumnisse der Regierungen in Berlin und im Bund anspricht. Und es macht auf die Nöte vieler Mieter aufmerksam. Der große Mangel ist, dass der eigentliche Inhalt sich auf zwei Themen beschränkt. Erstens die Mieten im alten sozialen Wohnungsbau, das betrifft bei privaten Vermietern etwa 85.000 Wohnungen. Zweitens eine Umfirmierung der sechs landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften wie DEGEWO oder Stadt und Land nebst einer Kapitalerhöhung. Die Kostenschätzungen für das Volksbegehren belaufen sich auf 1,3 Mrd. Euro (Initiative) und 3,3 Mrd. Euro (Senat) für fünf Jahre. Die Wahrheit liegt wohl in der Mitte bei ca. 2 Mrd. Sehr viel Geld für wenige Wohnungen! Dass die Mieten im sozialen Wohnungsbau oft höher sind als am freien Markt, hat mit der alten Westberliner Fördersystematik zu tun, die Banken und Abschreibungskünstler reich gemacht hat. Die Initiative will durch noch mehr Förderung der Eigentümer die Mieten senken. Bündnis 90/Die Grünen wollen diese Nachförderung an die Eigentümer gerade nicht: Wir wollen die Mieten auf Kosten der Eigentümer senken. Durch eine soziale Richtsatzmiete, die sich z.B. am Mietspiegel orientiert, wollen wir geringere Mieten für ca. 85.000 Wohnungen. Außerdem stellen wir die alten Kostenmieten infrage und haben dazu ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Sollte es für Mieter mit geringen Einkommen dann noch zu teuer sein, regen wir eine Härtefallregelung an und im Einzelfall Umsetzungen in landeseigene Wohnungen.

Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften brauchen mehr Kapital, um Wohnungen anzukaufen und zu bauen. Das haben wir bereits im Abgeordnetenhaus vorgeschlagen. Eine Umbenennung von Kapitalgesellschaften in Anstalten des öffentlichen Rechts brauchen DEGEWO oder GEWOBAG nicht. Dadurch entstehen weder neue Wohnungen noch günstigere Mieten. Neue Strukturen müssen sich zuallererst nach den Aufgaben richten. Und wenn die größer werden, z.B. durch umfangreichen Neubau, dann sind eher Fusionen angeraten statt plakative Umbenennungen.

Gerade lässt der Senat prüfen, ob das Volksbegehren verfassungsgemäß ist. Wenn ja, dann ist das Abgeordnetenhaus am Zuge. Wir werden die Initiative anhören und im Parlament diskutieren. Mein Ziel ist ein Kompromiss mit anderen Fraktionen, der sinnvolle Schritte macht und der Initiative ein Angebot macht: mehr Förderung für Neubau, mehr Kapital für landeseigene Wohnungen und eine soziale Richtsatzmiete für Sozialwohnungen.

**Andreas Otto, MdA**  
bau- und wohnungspolitischer Sprecher  
B'90/Grüne



## Forum Schöneberg

### Die Ideenschmiede für unseren Kiez

Ein Wandel geht durch Berlin, durch seine Kieze und durch die Bürger/innen dieser Stadt. Wie wollen wir miteinander und in unseren Kiezen leben? Immer mehr Bürger/innen wollen die städtische und soziale Gestaltung nicht mehr den administrativen Strukturen überlassen und werden selber aktiv. Daran will auch das von Catherina Pieroth, Kreisvorsitzende der Tempelhof-Schöneberger GRÜNEN, initiierte Forum Schöneberg anschließen.

Unter dem Motto „Mitreden und mitgestalten im Kiez“ trifft sich das Forum in regelmäßigen Abständen in Schöneberg. Als ein neues Gesprächsformat will es Aktive und Interessierte zusammenführen, die sich mit verschiedenen Themen rund um das Leben in Schöneberg und Berlin beschäftigen. Daraus sollen sich Kooperationen und Synergien ergeben, die erfolgreiche Konzepte weitertragen.

Das erste Forum am 27. April 2015 fand zu der Frage „Was kann die stadtplanerische Gestaltung am Friedrich-Wilhelm-Platz vom bereits toll gestalteten Bayerischen Platz lernen?“ Das zweite Forum am 28. Mai zum Thema „Soziales Gärtnern mit Geflüchteten. Wie man mit und für Geflüchtete soziale Projekte umsetzen kann“ wurde am Beispiel von

gemeinsamem Gärtnern besprochen, woraus sich bereits erste Verabredungen ergeben haben.

Das nächste Forum findet am 16. Juli um 19 Uhr beim FC Internationale, Voralberger Damm 38, nahe S-Südkreuz zum Thema „Integrieren durch Sport!?“ statt.

Interessierte sind herzlich willkommen, sich aktiv beim Forum Schöneberg zu beteiligen und ihre Ideen und Erfahrungen miteinzubringen. Mehr zum Forum Schöneberg, den vergangenen Treffen und den angestoßenen Projekten unter: [www.gruene-ts.de](http://www.gruene-ts.de).

**Catherina Pieroth** —  
Kreisvorsitzende Tempelhof-Schöneberg  
B'90/Grüne

Aufbruch: Zeltlagerstimmung (Foto: privat)



## Tomaten-Fisch aus Schöneberg

### Prototyp einer urbanen Landwirtschaft



links: Aquakulturen, rechts: Farmbox mit Robert (Foto: ecf-farmsystems)

Auf dem Gelände der Malzfabrik in der Bessemerstraße haben ein paar junge Männer ein innovatives Projekt aufgebaut. Sie füttern asiatische Buntbarsche mit Biofutter und verwenden deren Abwasser, um damit ein Gewächshaus mit allerlei Kräutern und Gemüse zu betreiben.

Das Abwasser der Fische wird dabei über ein Klärbecken mit Bakterien geführt und so gereinigt, die Nährstoffe für die Pflanzen bleiben erhalten. Ohne zusätzlichen Dünger oder Pestizide wächst und grünt es im Glashaus. So eine Farm kann überall in der Großstadt aufgebaut werden, wo Wasser und Sonne vorhanden ist. Die Betreiber verstehen ihr Projekt daher auch als Prototyp für unsere Ernährung der Zukunft. Einen Haken hat das Konstrukt: Es ist nicht „bio“, weil die Fische nicht natürlich gehalten werden, sondern in Becken und die Pflanzen werden auf Steinwolle gezogen, nicht in Erde. Für das Projekt spricht der kurze Weg vom

Erzeuger zum Verbraucher und damit die Frische der Erzeugnisse, die Erzeugung von Fisch, statt das Leerfischen der Meere und der sparsame Umgang mit Wasser und Energie und natürlich kein Gift und Kunstdünger.

Jede/r kann eine Gemüsebox abonnieren und einmal die Woche abholen, der Fisch ist ab Oktober erhältlich. Die erste Gemüseprobe ergab – SUPERLECKER!

Infos: [www.ecf-farmsystems.com](http://www.ecf-farmsystems.com)

**Renate Giese, BVV** —  
B'90/Grüne



## Schöneberg

## Zukunft mit Vergangenheit

### „Wir waren Nachbarn“ zurück am alten Ort

Zum Ende des Jahres 2010 durchschlugen einige von den umliegenden Dächern herabrutschende Eisplatten das Glasdach der großen Halle im Herzen des Rathauses Schöneberg. Die Konsequenz war, dass die dort beheimatete Ausstellung Wir waren Nachbarn – Biografien jüdischer Zeitzeugen relativ plötzlich und unerwartet zur folgenden Jahreswende in die zuvor von der Willy-Brandt-Ausstellung genutzten Räume gleich neben dem Hauptportal umziehen musste. Dort wurden seitdem die Elemente der Ausstellung gezeigt, die zum größten Teil Ergebnisse der Ende der 1970er/Anfang der 80er Jahre aufkommenden lokalen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit sind, die gerade in Schöneberg viele Ansatzpunkte hat, weil hier viele Juden Anfang der 30er Jahre lebten. Von der früheren Kunstamtsleiterin Katharina Kaiser kuratiert, die seit den Anfängen bis heute die treibende Kraft ist, zeigt „Wir waren Nachbarn“ seit 2005 die Lebenswege jüdischer Bürger Schönebergs in biografischen Alben, die historische Fotos, Dokumente, Briefe enthalten, und in denen es immer um das gesamte Leben der Personen geht. Viele Alben sind in der Arbeit mit oder sogar direkt durch Zeitzeugen geschrieben, stetig entstehen neue. Sie bilden mit den anderen Elementen ein Memorial, das sehr persönliche Einblicke in die sich wandelnden Zeiten - und wie sie sich anfühlten - ermöglicht, und damit auf seine eigene Weise die Vielfältigkeit der Berliner Erinnerungslandschaft bereichert. Nun ist „Wir waren Nachbarn“ zurück an alter Stätte. Nach fünf Transport- und Aufbauwochen wurde die Ausstellung am 7.6. feierlich vor fast 300 Gästen in der großen Ausstellungshalle wieder eröffnet. Angepasst an die nach der Restauration der Halle veränderten Brandschutz- und Bauauflagen und im Austausch mit dem Denkmalsschutz, präsentierte sie sich



Wiedereröffnet nach Restaurierung (Foto: Christian Sandau)

den Anwesenden, darunter Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler und der Rabbiner und Direktor der Topographie des Terrors Andreas Nachama, in fast derselben Aufstellung wie früher an diesem Ort und zugleich frisch. Neu für die Halle sind die mittlerweile 15 Hörstationen (drei neue, darunter Coco Schumann) direkt an den Alben, auf denen sich vier neue Alben befinden, drei davon zum diesjährigen Thema „Wegbereiterinnen“. Darunter eines für die bei der Veranstaltung anwesende Komponistin Ursula Mamlok, die neben Grußworten und Reden einer Mischung von Gesprächen, Lesungen und Musikdarbietungen beiwohnen konnte.

Am 6.7. um 17 Uhr 30 liest die Zeitzeugin Rahel Mann in der Ausstellung. Infos: [www.wirwarennachbarn.de](http://www.wirwarennachbarn.de)

Achim Lehmann —  
B'90/Grüne

## Kopf des Monats

## Rettet den Paternoster vor Andrea Nahles!



(Foto: Neumann/Rodmann - Heinrich Böll Stiftung)

Die Arbeitsministerin kann es nicht lassen. Kaum hat sie den Mindestlohn im Gestrüpp ihrer Bürokratie versenkt, sind jetzt die historischen Aufzüge an der Reihe. Eines dieser Schmuckstücke, es gibt sie seit 1876, tut seit Jahr und Tag auch im Schöneberger Rathaus seinen Dienst. Mit der friedlichen Nutzung ist es aber bald vorbei. Versteckt in Anhang 1 Nummer 4.4 der Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV) aus ihrem Ministerium schreibt die gängelwütige Ministerin vor, dass der Paternoster künftig nur noch von Beschäftigten nach einer Einweisung des Arbeitgebers benutzt werden darf. Wer ein Formular abholen oder einen Antrag stellen will, muss ab dem 1. Juni 2015 Treppen laufen. Das Personal wiederum wird eigens geschult, in den Fahrstuhl einzusteigen und wieder herauszuhüpfen. Wahrscheinlich werden die Behörden für diese anspruchsvolle Schulung mindestens einen halben Tag dicht gemacht. Was kommt wohl als Nächstes aus dem Hause der sozialdemokratischen Ministerin? Demnächst fallen ihr wohl die Rolltreppen in Kaufhäusern und den S-Bahn-Stationen zum Opfer. Mitarbeiter des TÜV stehen bald morgens im Berufsverkehr unten und oben und belehren die

Leute einzeln über die gesetzmäßige Nutzung der Rolltreppen. Wer nicht pariert, muss Treppen laufen. Angesichts der Dauerstreiks bei der Bahn könnte so zudem der Zugang zu den verbliebenen Zügen besser reguliert werden. Statt frustriert an den Bahnsteigen herumzustehen, dürften wir dank Frau Nahles endlich einmal lernen, auf einer Rolltreppe rauf und runter zu fahren. Doch die Ministerin ist nicht allein schuld an dieser Orgie der Regulierungswut ihres Hauses. Der Entwurf stammt noch von ihrer Vorgängerin Ursula von der Leyen. Die hat jetzt aber mit der Haustechnik bekanntlich andere Sorgen. Bei der Bundeswehr funktionieren weder Gewehr noch Kampfdrohne. Für letztere muss die Ministerin sogar persönlich einspringen. Dabei denkt sie bestimmt voller Wehmut an den friedlichen Paternoster zurück.

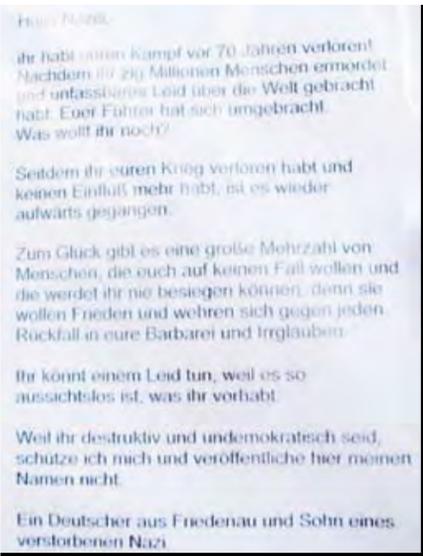
Jürgen Roth —  
B'90/Grüne

## Stolpersteine

### Anschlag auf Kästen

Zum wiederholten Male wurde in diesem Frühjahr ein Infokasten der Stolpersteininitiative in Friedenau Ziel eines Anschlags. Diesmal reagierte ein Mitbürger auf diese feige Tat, die wieder heimlich stattfand, mit einem Brief. Diesen brachte er mit Erlaubnis der Initiative an. Der Bürger, der Sohn eines verstorbenen Nazis ist und anonym bleiben möchte, fordert die heutigen Nazis auf, endlich ihren Irrglauben aufzugeben. Denn sie haben schon vor 70 Jahren verloren, nachdem zuvor unfassbares Leid verursacht worden war.

Rainer Jehle —  
B'90/Grüne



(Foto: Initiative Stolpersteine)

## Breslauer Platz

### Fußgängerzone oder Verkehrsinsel?

### Stadtrat Krüger (CDU) setzt BVV-Beschluss nicht um

Wenn es nach dem Willen vieler Friedenauer Bürger/innen, unter ihnen die Bürgerinitiative Breslauer Platz, ginge, würde die Lauterstraße im Bereich des Breslauer Platzes geschlossen und als Teil einer dann einheitlichen Fußgängerzone genutzt werden. Das hätte längst geschehen müssen. Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) hatte es so im Oktober 2014 in einem ausführlich begründeten Antrag beschlossen. Seitdem sind sieben Monate vergangen und Stadtrat Krüger (CDU) weigert sich weiterhin, den BVV-Beschluss umzusetzen. Er begründet seine Haltung mit dem Verweis auf ein Schreiben des bezirklichen Rechtsamtes, das eine Entwidmung der Lauterstraße als schwierig bezeichnet hatte. Dabei scheint den Stadtrat nicht zu interessieren, dass:

- die Straße nicht nur zum Anliefern, sondern (trotz Verbot) zur Durchfahrt von Kfz genutzt wird,
- die bestehende Ampelanlage an der Rheinstraße dem Kfz-Verkehr signalisiert, hier gibt es eine Durchfahrtmöglichkeit,
- der größte Teil der direkt betroffenen Anwohner/innen und Ladenbesitzer/innen keine Einwände gegen die Schließung der Straße hat,
- beim Erhalt der Lauterstraße der Breslauer Platz den Charakter einer Verkehrsinsel behält, die ein ungestörtes Flanieren der Menschen verhindert.



Um diese Straße gehts. (Foto: Ulrich Hauschild)

Die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD haben in der Maitagung der BVV das Verhalten von Stadtrat Krügerschärf kritisiert und ihn zur unverzüglichen Umsetzung des Beschlusses aufgefordert.

P.S.: Unmittelbar vor Redaktionsschluss hat Stadtrat Krüger einen neuen Plan zum Umbau des Breslauer Platzes vorgelegt, der ein Durchfahren der Lauterstraße zwar etwas erschwert, aber als Einbahnstraße weiter ermöglicht.

Ulrich Hauschild, BVV —  
verkehrspolitischer Sprecher  
B'90/Grüne

## KANZLEI STÄHLE Fachanwälte für Arbeitsrecht

- Sie wurden gekündigt, abgemahnt, gemobbt
- Sie erhielten ein zweifelhaftes Zeugnis
- der Lohn wurde nicht gezahlt
- die Eingruppierung ist nicht richtig

Fragen Sie uns um Rat, lassen Sie sich von uns vertreten und setzen Sie Ihr Recht durch.

**Klaus Stähle**  
Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Arbeitsrecht

**Stefanie Wustrack**  
Rechtsanwältin  
Fachanwältin für Arbeitsrecht

**Sebastian Kunz**  
Rechtsanwalt



Belziger Str. 74 | 10823 Berlin – Am Rathaus Schöneberg  
Tel. 030 - 853 50 65 | [www.kanzlei-staehle.de](http://www.kanzlei-staehle.de)

# Wein, Vin, Vino

Weine am Walther-Schreiber-Platz

Friedenau

rot & weiß

Schöneberg

Autos+Weine  
der Weineladen

Ausgewählte Weine direkt von Winzern aus Italien, Deutschland, Frankreich, Spanien, Luxemburg ... und immer wieder neue Entdeckungen. Wir beraten Sie gern - auch für Ihre Feste & Partys  
Weinproben - Frei-Haus-Lieferservice

Peschkestr. 1 / Ecke Rheinstraße  
Di - Fr 15 - 20, Sa 11 - 16 Uhr  
Tel. 8 51 90 39

Willmannsdamm 18 - am U-Bahnhof Kleistpark  
Mo - Fr 10 - 19 Uhr, Sa 10 - 16 Uhr  
Tel. 7 88 12 00 [weinhandlung@autos-weine.de](mailto:weinhandlung@autos-weine.de)



## Tempelhof

## Flüchtlingsheim Colditzstraße

### Wie leben die Flüchtlinge in der Notunterkunft?

Auch in unserem Bezirk spüren wir die Folgen von Kriegen, Krisen und Verfolgung. Nach den Heimen in Marienfelde und Lichtenrade hat nun das dritte Flüchtlingsheim in Tempelhof seine Pforten für Menschen geöffnet, die vor Verfolgung, Krieg und Elend fliehen. Das neue Heim liegt im Industriegebiet nah am Teltowkanal und war davor ein Bürogebäude.

Es ist eine Notunterkunft, in der die Flüchtlinge nur wenige Wochen direkt nach ihrer Ankunft in Berlin bleiben. Der Standard darf deshalb niedriger sein, als bei langfristig gedachten Gemeinschaftsunterkünften. In der Colditzstraße kann nicht gekocht werden, die Bewohner werden drei Mal täglich mit Fertiggerichten versorgt. Beschwerden über die Lieferung des Essens haben dazu geführt, dass jetzt auch Kinder vor der Schule ein Frühstück angeboten bekommen. Auch die Anzahl und Größe der sanitären Anlagen ist geringer als in einer Gemeinschaftsunterkunft.

Der Träger Pewobe wird also noch investieren müssen, wenn er das Heim als längerfristige Einrichtung betreiben oder mehr Menschen aufnehmen möchte. Für eine erweiterte Belegung ist die bisherige Ausstattung nicht ausreichend.

Aktuell leben dort 191 Menschen aus mehr als 13 Ländern, 69 davon Kinder und Jugendliche. Die meisten kommen aus dem Kosovo, aus Serbien und Syrien. Zwischen vier und sechs Menschen leben in einem Zimmer; Familien werden zusammen untergebracht, ansonsten werden Frauen und Männer getrennt beherbergt.

Um mit den Flüchtlingen in Kontakt zu kommen und ihnen unsere Gastfreundschaft zu zeigen, macht die Grüne Ortsgruppe Tempelhof im August ein Familienfest auf dem Hof der Unterkunft. Mit Kaffee, Tee und Kuchen und Spielen für



Die Notunterkunft in der Colditzstr. (Foto: Christian Sandau)

die Kinder wollen wir den Menschen zeigen, dass wir bereit sind, sie zu unterstützen. Wer uns dabei noch helfen möchte, melde sich bitte im Kiezbüro unter kiezbuero@grune-ts.de. Vor allem Sprachmittler werden gebraucht.

Auch Spenden sind willkommen. Wer saubere, tragbare Kleidung für Frühling und Sommer abzugeben hat, kann sie jeden Tag beim Pförtner abgeben. Die Flüchtlinge freuen sich auch über Taschen und Koffer, die Kinder über saubere Spielsachen und Material für die Schule. Viele haben nicht mehr als die Kleidung, mit der sie geflohen sind.

Wir freuen uns über Unterstützung aus der Zivilgesellschaft für die Flüchtlinge, die anläuft und von der bezirklichen Beauftragten fürs Ehrenamt koordiniert wird. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, den Menschen in Not einen guten Start zu ermöglichen.

Renate Giese, BVV  
B'90/Grüne



## Für Menschlichkeit - gegen Rassismus



Gemeinsam für ein Miteinander (Foto: Wolfgang Höckh)

Im Juni wollte die rechtspopulistischen Partei Pro Deutschland auch in Tempelhof gegen Flüchtlinge und Asylanten mobil machen und rief zur Kundgebung vor der Notunterkunft in der Colditzstraße auf. Doch auf großes Gehör stießen sie mit diesem Ansinnen bei den Tempelhofern nicht. Ganze acht Teilnehmer verirrten sich zur angemeldeten Kundgebung und hielten eine einzelne Deutschlandfahne in die Luft. Doch Schwarz-Rot-Gold steht heute in der Welt für Toleranz und Weltoffenheit. Das sollten endlich auch die paar Hansel von Pro Deutschland zur Kenntnis nehmen. Auf einer von allen Parteien der Bezirksverord-

netenversammlung und von Initiativen getragenen Gegenkundgebung setzten sich neben den Tempelhof-Schöneberger Grünen über 150 Teilnehmer für einen weltoffenen und vielfältigen Bezirk ein. Flüchtlinge und Asylbewerber, die hier Schutz und Sicherheit vor den kriegerischen Auseinandersetzungen in ihren Heimatländern suchen oder vor Unterdrückung und Verfolgung geflohen sind, brauchen unsere Unterstützung. Es ist unsere Verpflichtung, diesen Menschen hier eine sichere Zuflucht zu gewährleisten. Leider hat die Bezirksbürgermeisterin, die Gegendemonstration nur in Sichtweite des Flüchtlingsheimes angemeldet.

Dadurch war eine Kundgebung direkt vor dem Flüchtlingsheim nicht mehr möglich. Der symbolisch gedachte Schutz des Flüchtlingsheimes vor den Rechtspopulisten wurde vom Bezirksamt auf die südliche Seite des Teltow-Kanals verbannt. Wir werden uns auch weiterhin für ein Miteinander in Tempelhof einsetzen und verurteilen jeden Versuch von Rechtspopulisten, Ressentiments zu schüren und Angst vor Flüchtlingen zu verbreiten.

Rainer Penk, BVV  
B'90/Grüne

## Dresdner Bahn

### Kein Licht am Ende des Tunnels?



Der Tunnel - kommt er oder kommt er nicht? (Foto: Ulrich Hauschild)

Die Diskussion darum, ob die geplante Dresdner Bahn auf dem Teilstück durch Lichtenrade ebenerdig oder als Tunnel geführt werden soll, hält nun schon seit Jahren an. In Tempelhof-Schöneberg haben sich alle Fraktionen sowie das Bezirksamt bisher immer für die Tunnellösung als einzig sinnvolle Möglichkeit zum Schutz der Bevölkerung und zum Erhalt des Stadtteils ausgesprochen. Das gleiche gilt auch für die Fraktionen im Abgeordnetenhaus und die Senator/innen – bis auf einen. Stadtentwicklungssenator Geisel (SPD) hatte bereits im Januar für Irritation gesorgt, als er sich für eine ebenerdige Lösung aussprach und damit den bestehenden Konsens, über die Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg, in Frage stellte. Das war offensichtlich kein Ausrutscher. Nur vier Monate später positioniert er sich erneut gegen eine Tunnellösung. Darf der das? Auch wenn es nur seine persönliche Meinung ist, widerspricht

sie dem Koalitionsvertrag von SPD und CDU. Inzwischen gibt es schon Spekulationen, dass die SPD-Spitze versucht, von ihrer Festlegung auf die Tunnellösung abzurücken und die Reaktion darauf testen will. In jedem Fall muss der Regierende Bürgermeister Michael Müller klar Stellung beziehen. Das haben die Fraktionen von CDU und B'90/Grüne in einem Antrag der BVV beschlossen und die Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler ersucht, gegenüber Michael Müller darauf zu drängen, dass die Beschlüsse für eine Tunnellösung eingehalten werden.

Dass die SPD-Fraktion in der BVV, trotz ihres Bekenntnisses zur Tunnellösung, dem Antrag die Zustimmung verweigerte, ist bedauerlich und in der Sache wenig hilfreich.

Ulrich Hauschild, BVV  
B'90/Grüne

## Gefahrenzone Attilaplatz?

### Aktion der Ortsgruppe Tempelhof



Die Tempelhofer Grünen waren am 19. Juni 2015 am Attilaplatz, um auf die katastrophalen Zustände vor Ort aufmerksam zu machen.

Der Attilaplatz ist beispielhaft für den in den 60er Jahren üblichen stadtplanerischen Ansatz der „autogerechten Stadt“. Demnach müssen sich die nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer/innen dem ungehinderten Verkehrsfluss der Autos unterordnen. Fahrradfahrer/innen und Fußgänger/innen brauchen viel Mut, um den unübersichtlichen Attilaplatz zu überqueren, denn immer wieder kommt es zu Unfällen und gefährlichen Beinaheunfällen mit dem fließenden Autoverkehr. Insbesondere die Schulkinder der nahe gelegenen Paul-Klee-Grundschule in der Konradinstraße (ca. 600 Schüler/innen) stellen jeden Morgen von neu-

em ihre Sportlichkeit unter Beweis, um den Platz mit seinen äußerst kurzen Grünlichtphasen zu überqueren.

Bei der Aktion war vor allem die Beteiligung der Bürger/innen gefragt, so wurden zahlreiche Beinaheunfälle dokumentiert und Veränderungsvorschläge für den Platz gesammelt. Dabei kamen viele interessante Ideen zur Neugestaltung zusammen.

Diese werden schnellstmöglich ausgewertet, um u.a. Anträge zur bürgerfreundlicheren Umgestaltung des Attilaplatzes bei der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Tempelhof-Schöneberg sowie der Verkehrslenkung Berlin (VLB) zu stellen.

Astrid Bialluch-Liu

**eurogida** ...täglich mediterrane Frische

**13 x in Berlin**

... auch in Ihrer Nähe

**Tempelhof**  
Tempelhofer D. 2, 12101 Berlin

**Schöneberg**  
Potsdamerstr. 152 10783 Berlin

Obst & Gemüse Feinkost  
Fleischerei Backwaren

Obst & Gemüse Feinkost  
Fleischerei Backwaren



## Kultur

## „Hans Wurst Nachfahren“ bleibt! Theater am Winterfeldtplatz vorerst gerettet

Eine Bürgerinitiative bewirkte ein Theaterwunder! Das Schicksal des Theaters Hans Wurst Nachfahren schien besiegelt. Doch dank des bürgerschaftlichen Engagements mutiger Schöneberger/innen kam es anders. Der Spielbetrieb geht weiter. Der Mietvertrag ist bis vorerst Herbst 2016 verlängert.

Zur Vorgeschichte: Nachdem der zwanzigjährige Mietvertrag mit kultureller Bindung ausgelaufen war, wurde das Gebäude am Winterfeldtplatz Ende 2014 von der Eigentümergemeinschaft verkauft. Der Bezirk hatte wegen klammer Kassen den Kauf ausgeschlossen. Der Senat, dem Kauf nicht grundsätzlich abgeneigt, verschlief seine Chance.

Der neue Eigentümer kündigte an, in dem Gebäude ein Tonstudio zu errichten. Das Theater sollte bis zum Sommer das Haus räumen, der Senat den Rückbau des Theaters ausfinanzieren. Frustriert gaben sich Ensemble und Po-

litik geschlagen. Doch langjährige Theaterfreund/innen wie Jochen Dannert, Cornelia Stauß und weitere Mitstreiter/innen dachten nicht ans Aufgeben. Sie sammelten Unterschriften für den Erhalt des Theaters erst auf der Straße, dann per Onlinepetition. Und Theaterfans aus ganz Deutschland und dem Ausland unterzeichneten. Bestärkt durch 10.000 Unterschriften (inzwischen über 15.000!) wurde mit dem Eigentümer verhandelt.

Er zeigte er sich beeindruckt von der Liebe der Menschen für dieses einzigartige Puppentheater – und ist bereit, sein Tonstudio woanders einzurichten. Vorausgesetzt es findet sich für ihn ein adäquater Standort. Er verlängerte den Mietvertrag bis Oktober 2016 mit Aussicht auf mehr.

Sofort wirkten die Bürgerinitiative mit meiner Fraktionskollegin Sabine Bangert und mir auf alle Fraktionen im Abgeordnetenhaus ein, eine Erklärung

zum Erhalt des Theaters abzugeben. Diese wurde im April vom Kulturausschuss veröffentlicht. Die Fraktionen danken darin dem Eigentümer aber vor allem den engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Auch Staatssekretär Renner sagte seine Hilfe bei der Suche nach einem Ersatzstandort für das Tonstudio zu (Vorschläge gern an ihn). Siegfried Heinzmann, Barbara Kilian und das ganze Ensemble von Hans-Wurst-Nachfahren freuen sich mit allen Fans, dass sie bleiben können. Aber sie erwarten nun auch, dass Verwaltung und Politik Wort halten zum Erhalt des Theaters und des Standorts. Die Bürgerinitiative und wir werden dies nicht vergessen, damit dieses Theaterwunder weitergehen kann.

**Thomas Birk, MdB**  
Wahlkreisabgeordneter  
Schöneberg-Nord  
B'90/Grüne



Ein „Traditionstheater“ der besonderen Art (Foto: Christian Sandau)



## Kostendebakel Staatsoper

### Untersuchungsausschuss soll Ursachen und Verantwortung für das Baudesaster Staatsoper klären

Die Staatsoper Unter den Linden sollte eines der kulturellen Highlights für die Hauptstadt Berlin sein. Aber seit 2010 ist das Haus eine Baustelle. Die Kosten von ursprünglich 239 Millionen Euro sind zuletzt auf 400 Millionen Euro gestiegen, weitere Steigerungen sind wahrscheinlich. 200 Millionen davon übernimmt der Bund. Geplant war die Wiedereröffnung 2013, aktuell wird Herbst 2017 genannt.

Damit gehört die Staatsoper zu den berüchtigten Berliner Baudesastern. Das liegt an der Eile, Exzellenz-Hascherei und an fehlendem Augenmaß. Das Bedarfskonzept für die Sanierung wurde im Vorfeld nicht ausreichend auf Wirtschaftlichkeit und Machbarkeit geprüft, Planungs- und Sanierungszeiten

wurden verkürzt, Kosten wissentlich zu niedrig angesetzt.

Ein Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Ursachen, Konsequenzen und Verantwortung für die Kosten- und Terminüberschreitungen der Sanierung der Staatsoper hat sich am 8. Mai 2015 konstituiert.

„Wünsch-dir-was“ ohne „Geht-denn-das“ können wir uns nicht leisten. Vision und Verantwortung gehören zusammen. Die Verantwortung wollen wir mit dem Untersuchungsausschuss wieder stärker in den Vordergrund bringen und aufzeigen, wo es wann an welchen Stellen gehapert hat. Nur so können Projekte künftig nachhaltig besser organisiert und damit hausgemachte Probleme vermieden werden. Wir müssen künftig länger und sorgfältiger planen, anstatt am Ende draufzuzahlen. Denn das führt letztlich zum Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in Politik. Das erfordert Mut - insbesondere sich selbst und seinen Plänen gegenüber. Denn wenn die tatsächlichen Kosten für ein Vorhaben auf dem Tisch sind, kann das auch das Aus bedeuten.

**Sabine Bangert, MdB** —  
kulturpolitische Sprecherin,  
stellv. Vorsitzende des parlamentarischen Untersuchungsausschusses  
Staatsoper  
B'90/Grüne

(Foto: Wolfgang Scholiven)



Die großen Kirchen backen ihre eigenen Brötchen finanziell erfolgreich. (Foto: Evangelische Kirche)

## Staatsfinanzierung für Kirchentage überflüssig

Der evangelische Kirchentag 2017 in Berlin wird voraussichtlich 23 Mio. Euro kosten. Das klamme Berlin spendiert für die Veranstaltung insgesamt 8,4 Mio. Euro. Aus Brandenburg kommt noch eine weitere Million hinzu. Auch der Bund fördert die Großveranstaltung mit 2,5 Mio. Euro. Mehr als die Hälfte der Gesamtkosten wird so aus öffentlichen Mitteln bezahlt. Diese vorgesehenen 8,4 Mio. Euro wären in der Berliner Jugendarbeit oder bei der Hilfe für Geflüchtete sinnvoller investiert.

Die evangelische und die katholische Kirche werden nämlich üppig versorgt mit Kirchensteuern und den sog. Staatsleistungen sowie einer ganzen Reihe weiterer Vergünstigungen. So zahlen die Kirchen keine Gebühren bei Behörden und Gerichten. Bei 60 Mrd. € Schulden des Landes sollte Förderung

aber nur bekommen, wer sie wirklich braucht, die beiden Großkirchen gehören nicht dazu.

Wegen der öffentlichen Gelder für Kirchen- bzw. Katholikentage gab es auch in Münster und in Leipzig kritische Debatten in den Stadtparlamenten, in Berlin leider nicht. So konnte der Hauptausschuss des Abgeordnetenhauses (fast) unbemerkt am 22. April 2015 den Subventionsplänen des Senats zustimmen. Überfällig ist spätestens jetzt eine breite Diskussion über die Finanzierung derartiger Großveranstaltungen in unserer Stadt.

**Jürgen Roth** —  
Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft Säkulare Grüne Berlin  
B'90/Grüne

Es gibt  
**ebbes...**

Inh. Wolfgang Stepper

... in der Crellestraße 5

Telefon 030 - 70 09 48 13

Fax 030 - 70 09 48 14

E-Mail: [ebbes.wstep@t-online.de](mailto:ebbes.wstep@t-online.de)

<http://www.ebbes-in-Berlin.de>

Schwäbische Produkte aus Hohenlohe und Umgebung von Direktvermarktern, Erzeugern und anderen

**Öffnungszeiten:** Montag – Freitag 10 – 19.30 Uhr  
Samstag 9.30 – 16 Uhr

- Maultaschen
- Nudeln vom Bauernhof
- Dosenwurst
- Schinken/Rauchfleisch
- Landjäger + Salami
- Honig + Marmelade
- Weine, Sekt + Secco
- Obstbrände + Liköre
- Saisonale Produkte
- Traubensaft + Wilbele
- Räucherforelle, filetiert
- Hohenloher-Landbier

**Immer samstags:**  
Brezeln, Laugenweck,  
Dinkel Seelen, dunkles  
Bauernbrot, Schwarzwälder

## AKAZIEN ——— BUCHHANDLUNG



Akazienstr. 26  
10823 Berlin



Tel. 030-788 12 78  
Fax 030-788 16 67



Mo bis Fr 10-20 Uhr  
Sa 10-17 Uhr

## Impressum

**Herausgeber**  
Kreisvorstand von Bündnis 90/Die Grünen  
Tempelhof-Schöneberg,  
Kiezbüro: Fritz-Reuter Straße 1, 10827 Berlin

**Redaktion**  
Jens Blumenthal, Rainer Jehle, Rainer Penk,  
Jürgen Roth, Christian Sandau

**Kontakt**  
Telefon: 030 - 53 60 41 46  
E-Mail: [buero@gruene-ts.de](mailto:buero@gruene-ts.de)  
[www.derstichel.de](http://www.derstichel.de)

**Leserbriefe**  
E-Mail: [leserbriefe@derstichel.de](mailto:leserbriefe@derstichel.de)

**Anzeigen**  
über E-Mail: [buero@gruene-ts.de](mailto:buero@gruene-ts.de)  
Anzeigenschluss der nächsten Ausgabe:  
1. November 2015

**Gestaltung**  
Oliver Dix »Zeit für Gestaltung«  
Telefon: 030 - 89 61 71 87  
E-Mail: [o.dix@web.de](mailto:o.dix@web.de)

**Druck**  
Möller Druck und Verlag GmbH

Die CO<sub>2</sub>-Emissionen dieser Zeitung wurden durch CO<sub>2</sub>-Emissionszertifikate ausgeglichen. Informationen unter:  
[www.climatepartner.com](http://www.climatepartner.com)

**ClimatePartner**  
Klimaneutral  
Druck | ID: 10389-1506-1014

**Auflage**  
20.000

**V.i.S.d.P.**  
Rainer Jehle

Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von den Autor/innen selbst verantwortet und geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leser/innenbriefe und Beiträge zu kürzen.

**Verteilorte**  
Bahnhofstr. (Lichtenrade), Bayerischer Platz, Breslauer Platz, Crellestr., Hildburghäuser Str., Julius-Leber-Brücke, Kaiser-Wilhelm-Platz, Karstadt Tempelhofer Damm, Marienfelder Allee, Winterfeldtplatz und viele mehr...

**...und auch hier erhältlich**  
Friseur Kopfsache, Tempelhofer Damm 198 | Buddha-Haus, Akazienstr.28 | Hafersich, Belziger Str. 23 | Kopernikus Apotheke, Motzstr. 59 | Bio-Insel, Leberstr. 2 | Eisenherz-Buchladen, Lietzenburger Str. 9a | Bilderbuch, Akazienstraße | Ebbes, Crellestr. 2

**www.derstichel.de**  
Der nächste Stichel erscheint im  
**November 2015**



## Partei-Leben

## Grüne Aufarbeitung



Kommissionsarbeit (Foto: Kalle Erlacher)

Die „Kommission Aufarbeitung“ hat am 20. Mai ihren Bericht vorgestellt. Er untersucht die Haltung der Berliner Grünen zu Pädophilie und sexualisierter Gewalt gegen Kinder von der Gründungsphase bis in die Mitte der 90er Jahre – und dokumentiert das institutionelle Versagen einer Partei, die viel zu lange für Opfer und Täter blind war.

Der Berliner Landesverband hat leider eine besonders unrühmliche Rolle in der grünen Debatte über Pädosexualität gespielt. Zum einen weil in Berlin die Diskussion bis Mitte der 90er Jahre anhält und damit deutlich länger als

anderswo. Zum anderen wegen des schrecklichen Fakts, dass der Landesverband über etliche Jahre hinweg mindestens zwei strafrechtlich verurteilte Pädosexuelle in seinen Reihen geduldet hat.

In den letzten 18 Monaten haben die zwölf ehrenamtlichen Mitglieder der Kommission Archivbestände ausgewertet, Zeitzeug/innen befragt und Werkverträge an zwei Historiker/innen vergeben. Der Bericht fasst zusammen, was wir heute wissen – und was wir nicht wissen. Die größte Leerstelle ist die Perspektive der Betroffenen, die für jede Aufarbeitung ganz entscheidend ist.

## Die Berliner Grünen haben institutionell versagt

Der Bericht dokumentiert das Versagen einer grünen Partei, die pädosexuelle Positionen und Täter bis Mitte der 90er Jahre in ihren Reihen duldet oder einfach weg sah. Selbst als es für die politische Forderung nach einer Streichung der einschlägigen Strafrechtsparagra-

fen §§ 174 und 176 innerparteilich gar keine Mehrheiten mehr gab – sie fand nur 1980/81 Eingang ins Programm – hat die Partei daraus erst viele Jahre später Konsequenzen gezogen. So wurde etwa gegen ein Parteimitglied, das mehrfach wegen pädosexueller Straftaten verurteilt worden war, erst 1995 ein Ausschlussverfahren eingeleitet.

Die Kommission hat herausgefunden, dass der Schwulenbereich jahrelang von pädosexuellen Aktivisten mitgeprägt und teils sogar dominiert wurde. Vor allem in der Parteigründungsphase gab es offene Sympathien für pädosexuelle Forderungen. Manche sahen sie als vermeintlichen Teil der Emanzipation von Schwulen. Andere diskutierten das Thema im Zusammenhang mit der Reform des Sexualstrafrechts. Den Pädosexuellen gelang es dabei, sich selbst als „Betroffene gesellschaftlicher Diskriminierung“ darzustellen. Dabei machten sie sich den Umstand zunutze, dass die Partei sich als Sprachrohr aller gesellschaftlich diskriminierten Gruppen verstand. Für die eigentlichen Opfer war man in der Partei weitgehend blind, insbesondere wenn es sich dabei

um Jungen handelte. Dieser Umstand macht uns aus heutiger Sicht einfach fassungslos: Jahrelang wurde über Pädosexualität diskutiert, ohne dass einmal ernsthaft überlegt wurde, was das eigentlich für die betroffenen Kinder heißt. Ganz offensichtlich hatte der Großteil der Partei die (falsche) Beruhigungsspiel geschluckt, dass es dabei ja nur um „einernehmliche Sexualität“ ginge – als ob es so etwas zwischen einem Kind und einem Erwachsenen jemals geben könnte!

Eine Ausnahme machten Einzelne und grüne Feministinnen, allen voran die Kreuzberger Frauengruppe. Aber ihre Hinweise und Warnungen wurden lange ignoriert.

## Wir übernehmen Verantwortung und bitten um Entschuldigung

Wir schämen uns für das institutionelle Versagen unserer Partei und bitten dafür um Entschuldigung. Wir übernehmen aber auch Verantwortung: Wir werden uns politisch konsequent gegen jede Form sexualisierter Gewalt und für die Ausweitung des bundesweiten Hilfefonds für Opfer sexuellen Missbrauchs

einsetzen. Falls es Menschen gibt, die innerhalb grüner Strukturen und damit in der unmittelbaren Verantwortung der Berliner Grünen Opfer geworden sind, soll ihr Leid durch die Partei auch gesondert Anerkennung finden.

Wir hoffen, dass dieser Bericht und die öffentliche Debatte darüber es Betroffenen möglich machen, sich an uns zu wenden. Gerade weil die Opferperspektive für jede Aufarbeitung von Unrecht und Leid entscheidend ist, begreifen wir Aufarbeitung als einen Prozess, der für uns Grüne noch lange nicht abgeschlossen ist.

Bettina Jarasch  
Landesvorsitzende  
B'90/Grüne



Mehr Informationen  
und alle Kontaktmöglichkeiten:

[www.gruene-berlin.de/aufarbeitung](http://www.gruene-berlin.de/aufarbeitung)

[www.gruene.de/themen/partei/gruene-anlaufstelle-zu-fragen-des-sexuellen-missbrauchs.html](http://www.gruene.de/themen/partei/gruene-anlaufstelle-zu-fragen-des-sexuellen-missbrauchs.html)

Cannabis: für kontrollierte Abgabe  
Grüne fordern Entkriminalisierung

Das Betäubungsmittelgesetz hat seine Wirkung – die Reduzierung des Angebots und Verringerung der Nachfrage – verfehlt. Die Anzahl der Cannabiskonsumenten ist seit Jahren gleichbleibend hoch, Cannabis ist überall und für jeden leicht erhältlich. Die Bundesregierung verweigert sich aber einer neutralen Evaluation des Betäubungsmittelrechts und ignoriert fortschrittliche Entwicklungen aus anderen Ländern. Dabei sind die Nebenwirkungen der derzeitigen Drogenpolitik offensichtlich: Die Kriminalisierung befördert den Schwarzmarkt und verhindert einen wirksamen Jugend- und Verbraucherschutz sowie glaubwürdige suchtpreventive Maßnahmen. Die Produktion von gestrecktem, verunreinigtem Cannabis oder der Verkauf an Minderjährige werden durch die Prohibition nicht verhindert – im Gegenteil. Es bedarf einer neuen, vernünftigen Regulierung des Umgangs mit Cannabis: Eine Entkriminalisierung von erwachsenen Konsumenten würde dafür sorgen, dass der Schwarzmarkt ausgetrocknet wird. Erwachsene, die den Großteil der Konsumenten ausmachen, werden auf die Möglichkeit des legalen Erwerbs zurückgreifen. Ein Schwarzmarkt nur für Jugendliche ist für die organisierte Kriminalität nicht ertragreich genug. Die Justiz würde von kostspieligen und zeitraubenden Strafverfolgungen und ineffektiven Massenverfahren im Bereich Cannabis entlastet. Hier eingesparte Gelder könnten hingegen in die Suchtprävention investiert werden. Gleichzeitig ermöglicht ein reguliertes und kontrolliertes System für Anbau, Handel und Abgabe von Cannabis, im Gegensatz zu heute, einen wirksamen Jugend- und Verbraucherschutz. Der geregelte Verkauf in Fachgeschäften sichert u.a. die aus-



Humorvolle Alltagsmomente... (Foto: blu.news.org)

schließliche Abgabe an Erwachsene, die Produktqualität sowie die Aufklärung über Konsumrisiken, Beratungs- sowie Therapieangebote durch geschulte Verkäufer. Viele der geäußerten Befürchtungen sind unbegründet, beispielsweise dass Cannabis eine Einstiegsdroge sei oder dass eine Regulierung einen verstärkten Konsum anregen würde. Durch eine im grünen Cannabiskontrollgesetz vorgesehene regelmäßige Evaluation kann darüber hinaus möglichen Fehlentwicklungen rechtzeitig entgegengewirkt werden.

Harald Terpe, MdB  
Sprecher für Drogen- und Suchtpolitik  
B'90/Grüne

MiMiMis und Bio-Deutsche  
Neues Buch von Omid Nouripour

Mitbürger mit Migrationshintergrund (MiMiMis) und Schon-immer-Deutsche – das gibt genügend her für ein kleines Buch. Wenn dabei noch skurrile Aspekte und Abgründe des deutschen Ausländerrechts sowie traditionelles Denken dazu kommen – gut aufbereitet in kleinen alphabetisch geordneten Artikeln – dann haben wir ein fertiges Lexikon und eine vergnügliche Lektüre. Allein zum Amüsement wurde es jedoch nicht geschrieben. Denn was manche Mitbürger ohne Migrationshintergrund bisweilen denken und schreiben, gibt oft genug Anlass zu Kopfschütteln oder Sprachlosigkeit. Aber lesen Sie selbst.



Die Redaktion

## Termine von B'90/Grüne

23.06.2015 – Bezirksgruppe  
Stadtentwicklung in Tempelhof-Schöneberg

19.30 Uhr im Kiezbüro (Fritz-Reuter-Str. 1, 10827 Berlin)

mit Sibyll Klotz,  
Stadträtin für Stadtentwicklung, Gesundheit und Soziales

Gemeinsam mit Sibyll Klotz wollen wir über einige konkrete Bauvorhaben wie den Güterbahnhof Wilmersdorf in Friedenau, Hugos Wohngrärten und die Bautzener Brache sprechen, aber auch über die soziale Erhaltungsverordnungen, das Umwandlungsverbot und natürlich über den Umgang mit der BIMA.

07.07.2015 – Bezirksgruppe  
Bibliothekenkonzept in Tempelhof-Schöneberg

19.30 Uhr im Kiezbüro (Fritz-Reuter-Str. 1, 10827 Berlin)

mit Sabine Bangert, MdB  
Sprecherin für Kulturpolitik und Arbeitsmarkt

16.07.2015 - Forum Schöneberg  
Integrieren durch Sport!?

19 Uhr beim FC Internationale  
(Vorarlberger Damm 38, 12157 Berlin - Nähe Südkreuz)

Weitere Termine unter [www.gruene-ts.de](http://www.gruene-ts.de)

**Grünes Kino**  
Grüne Ortsgruppe Tempelhof

**THE HUMAN SCALE**

Filmvorführung in Originalfassung mit mit deutschen Untertiteln  
am 25. Juni um 19 Uhr in der **Spukvilla Tempelhof**  
Albrechtstraße 110, Friedensplatz, 12103 Berlin  
U6: Kaiserin-Augusta-Straße

anschließend gemeinsame Diskussion mit:  
**Michael Cramer (MdEP)**, Vorsitzender im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr.  
Moderation: **Renate Giese (BVV Tempelhof-Schöneberg)**

**- Eintritt ist frei -**

@GrüneTempelhof  
Tempelgruen

## Aus aller Welt

## Schluss mit der Flickschusterei

## Flüchtlinge brauchen legalen Aufenthalt



Die Flüchtlinge leben bereits vor der lebensgefährlichen Fahrt über das Mittelmeer im Elend, wie hier in Kairo.  
(Foto: Jason Belanger/CRS)

Flüchtlinge gerechter verteilen, Schutzsuchende ansiedeln und Schleuserbanden bekämpfen – auf den ersten Blick klingen die Brüsseler Reaktionen auf die Tragödien im Mittelmeer vernünftig. Schaut man aber genauer hin,

entpuppen sich die von der EU jetzt geplanten Maßnahmen als halbherzig und oder gar unverantwortlich. Rund 20.000 Flüchtlinge sollen in die EU umgesiedelt werden. Das ist ein richtiger Schritt, dennoch könnten die

Europäer wesentlich mehr Aufnahmebereitschaft zeigen. Deutschland hat während des Bosnien-Krieges in den 1990er Jahren 350.000 Menschen aufgenommen. Das Land ist deshalb nicht zusammengebrochen.

Sinnvoll sind die Pläne, Schutzsuchende unter den EU-Staaten gerechter zu verteilen. Länder wie Italien und Griechenland sind längst überfordert. Wenn nun, wie geplant, 40.000 Menschen von dort aus umverteilt werden, könnte das die Lage entspannen. Dabei sollte ein Verteilungsschlüssel angelegt werden, der auch die Lage der Schutzsuchenden berücksichtigt. Wer aus einem französischsprachigen Land kommt, hat in Frankreich bessere Chancen als in Deutschland. Das Problem, das hinter der einseitigen Belastung steckt, geht die EU jedoch weiterhin nicht an. Auch künftig sollen Flüchtlinge nach dem „Dublin-System“ dort ihren Asylantrag stellen, wo sie in die EU eingereist sind. Anstatt das Dublin-System endlich abzuschaffen, doktert man an den Folgen herum.

Noch fragwürdiger sind die militärischen Pläne, mit denen man Schleuser bekämpfen will. Drohnen und Satelliten sollen die Infrastruktur der Schleuser an der libyschen Küste ausspähen, dann Soldaten deren Schiffe beschlagnahmen. In einem dritten Schritt will man Werkstätten, Häuser und andere Stützpunkte von Schleusern zerstören. Aus der Luft und vom Meer aus sollen

die Soldaten vorgehen, selbst Landeinsätze stehen zur Debatte.

Da die Regierung Libyens dem Einsatz auf ihrem Hoheitsgebiet kaum zustimmen wird, ist dafür ein Mandat des UN-Sicherheitsrats nötig. Dieses Mandat ist vorgesehen, wenn der Weltfrieden bedroht ist oder ein Angriff stattfindet. De facto werden also Flüchtlinge als Sicherheitsrisiko denunziert. Die Mission zeugt auch davon, wie wenig Ahnung die Grenzschützer von Fluchtwegen haben. Schlepper nutzen meist vorhandene Strukturen: Transportunternehmen, Hotels, Häfen. Sollen die EU-Truppen also die Infrastruktur des Landes zerstören? Diese Maßnahmen werden niemand von der gefährlichen Reise abhalten. Wollen wir das Geschäft der Schlepper beenden, müssen wir legale Zugangswege in die EU schaffen. Schutzsuchende müssen die Möglichkeit haben, in Europa ihren Asylantrag zu stellen. Eine Alternative dazu gibt es nicht.

Barbara Lochbihler, MdEP  
B'90/Grüne



## Vorratsdatenspeicherung

## Wiederkehr einer Untoten

Eigentlich hätte man meinen müssen, dass die Vorratsdatenspeicherung endgültig tot ist, nachdem sowohl das Bundesverfassungsgericht als auch der Europäische Gerichtshof die zu Grunde liegenden Rechtsgrundlagen annulliert hatten. Irrtum! Die Große Koalition ist im Begriff, in einem Schnellverfahren ein neues Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung durch den Bundestag zu bringen. Wider besseres Wissen. Noch im Januar hatte Justizminister Heiko Maas vollmundig erklärt, es gebe keinen Grund zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung und es werde deshalb auch kein entsprechendes neues Gesetz geben.

Bis heute sind die Befürworter der Vorratsdatenspeicherung belastbare Beweise schuldig geblieben, dass die VDS wirklich erforderlich ist. Die Attentate in Paris wurden begangen, obwohl es die Vorratsdatenspeicherung in Frankreich seit Jahren gibt. Und dass die massenhafte Speicherung von Telefondaten nicht bei der Bekämpfung des Terrorismus geholfen hat, ist in den USA inzwischen amtlich.

Zwar sollen die Speicherfristen kürzer sein als bei der Vorgängerregelung und auch sonst gibt es einige Unterschiede im Detail. Aber im Kern geht es wieder um die anlasslose, flächendeckende Speicherung von Telefon- und Internetdaten. Ist die Bundesregierung wirklich der Auffassung, dass ein verfassungswidriger Zustand hingenommen werden kann, nur weil er diesmal zehn Wochen statt sechs Monate dauern soll?

Im Vorblatt seines Gesetzentwurfs ist in der Rubrik „Alternativen“ das Wort „keine“ eingetragen. Dabei ist die Vorratsdatenspeicherung alles andere als alternativlos. Wer die Vorratsdatenspeicherung wider besseres Wissen als alternativlos bezeichnet, versucht von seiner eigenen politischen Verantwortung abzulenken. Leider wird der parlamentarische Gegenwind die Große Koalition wohl allein nicht davon abhalten, die Vorratsdatenspeicherung und andere Einschränkungen von Bürgerrechten zu beschließen. Umso wichtiger ist es, dass wir als Bürgerinnen und Bürger auch außerparlamentarisch deutlich machen, dass wir nicht damit einverstanden sind und dass wir es für fatal halten, wenn Grundrechte auf den Altar vermeintlicher Sicherheit geopfert werden.

Hannah Arendt bezeichnete es in ihrem Werk über die Ursprünge des Totalitarismus als den schrecklichen Traum einer modernen totalitären Polizei, jederzeit nachvollziehen zu können, wer mit wem in Beziehung steht und wie intim diese Beziehung jeweils ist. Die totalitären Überwachungsalpträume, die Hannah Arendt schon vor einem guten halben Jahrhundert plagten, dürfen nicht zur Realität des 21. Jahrhunderts werden.

Peter Schaar

Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit a.D.  
B'90/Grüne



Schon ein paar Jahre her, und aktueller denn je: „Meine Daten gehören mir“ damals eine Demo zusammen mit Claudia Roth.  
(Foto: B'90/Grüne)

## Besuch in Levallois

## Städtepartnerschaft mit Leben füllen



Deutsch-Französische Freundschaft (Foto: privat)

Anfang Mai reiste eine Delegation der BVV, geleitet von der Bezirksbürgermeisterin, in unsere französische Partnerstadt Levallois Perret nordwestlich von Paris. Als einzige Grüne interessierten mich besonders die ökologischen Projekte. Wir besichtigten eine Schule, deren Mittelpunkt ein Gar-

ten ist, der automatisch überdacht und beschattet wird. So ist der Garten auch im Winter Teil des Unterrichts. Gute Wärmedämmung und Fotovoltaik machen die Schule zum ökologischen Vorzeigeprojekt.

Besonders beeindruckt hat mich das Schwimmbad, in dem das warme Abwasser der Duschen mittels einer Wärmetauschanlage benutzt wird, um die Schwimmbecken auf angenehme Temperatur zu bringen, so ist keine Zusatzheizung nötig. Wir waren auch gekommen, um am 8. Mai an der offiziellen Parade zum 70. Jahrestag des Ende des Zweiten Weltkriegs teilzunehmen; die beiden Bürgermeister/innen legten zusammen Kränze nieder. Zu diesem Anlass waren auch Jugendliche aus dem Kinder- und Jugendparlament Tempelhof-Schöneberg dabei und trafen Jugendliche aus dem dortigen Jugendparlament. Dies und viele Gespräche zwischen den Verordneten tragen dazu bei, die Städtepartnerschaft mit Leben zu erfüllen.

Renate Giese, BVV  
B'90/Grüne

## Türkei-Wahlen: Grüne für Partei HDP

## Erdogans islamistischer Kurs gestoppt

Nach den Wahlen am 7. Juni in der Türkei dürften die Pläne des türkischen Präsidenten Erdogan für eine Präsidialdiktatur zur forcierten Fortsetzung seines undemokratischen islamistischen Kurses jetzt Makulatur sein. Für diesen Plan findet sich keine Mehrheit im Parlament. Die islamistische AKP hat nicht nur über 9 Prozent ihrer Wählerschaft verloren. Durch den Einzug der HDP (Demokratische Partei der Völker) - die etwa 13 Prozent der Stimmen erreichte - kann die AKP weder eine Alleinregierung stellen noch eine Volksabstimmung zur Einführung des Präsidialsystems einleiten. Die HDP hat sich von einer kurdisch orientierten Partei zu einer säkular und demokratisch ausgerichteten Partei entwickelt, die in allen Landesteilen - bei Kurden, Türken und anderen Ethnien - Stimmen sammeln konnte. Eine moderne Partei, die frischen Wind in die türkische Parteienlandschaft bringt und auf der jetzt die Hoffnungen gerade auch der jungen Generation beruhen. Bündnis 90 / Die Grünen unterstützt die HDP und hatte auch zu deren Wahl aufgerufen. Sie fordert eine friedliche Lösung gesellschaftlicher Konflikte und tritt für ein friedliches Zusammenleben der verschiedenen ethnischen Gruppen und religiösen Glaubensrichtungen ein. Erfreulich



Das Volk hat Zeichen gesetzt! (Foto: Pressestelle SWR)

ist, dass die HDP die Abschaffung des Amtes für religiöse Angelegenheit (Diyamet) fordert. Diese staatliche Behörde ist federführend an der Durchsetzung des Islamisierungskurses der AKP im Inland und im Ausland beteiligt.

Die Grünen hoffen auf einen dauerhaften Erfolg der HDP in der türkischen Politik. Dies wäre eine gute Entwicklung für Demokratie, Freiheit, Frieden und Menschenrechte.

Walter Otte  
Bundessprecher Säkulare Grüne  
B'90/Grüne

